UOKG

UNION DER OPFERVERBÄNDE KOMMUNISTISCHER GEWALTHERRSCHAFT e.V.

Newsletter
1 / 2022

Berichte Seite 2

Aus den Verbänden Seite 4

Kurz erzählt Seite 6

Foto aus: Mitten in Deutschland - mitten im 20. Jahrhundert. Die Zonengrenze. Hrsg. vom Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen, 1960.

Tagungsbericht „Geraubte Heimat“ Aktion „Ungeziefer“ 70 Jahre Zwangsaussiedlung an der innerdeutschen Grenze

Die Zwangsaussiedlungen an der innerdeutschen Grenze, die Ende Mai 1952 im Rahmen der „Aktion Ungeziefer“ begannen, waren Thema einer zweitägigen Tagung vom 29. - 30. April 2022 in Magdeburg, die die Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft in Kooperation mit der Beauftragten des Landes Sachsen-Anhalt zur Aufarbeitung der SED-Diktatur veranstaltete.

Am ersten Tag standen die Opfer im Mittelpunkt. Zeitzeugen, die zum Zeitpunkt der Zwangsaussiedlungen vor 70 Jahren noch Kinder waren, berichteten von ihren traumatischen Erlebnissen. In einer bewegenden Gedenkrede ließ uns Elisabeth Freyer (Vorsitzende des Vereins Opfer des Stalinismus in Thüringen) an ihrem persönlichen staatlich sanktionierten Heimatverlust vor 70 Jahren teilhaben.

Nach den einführenden Grußworten u.a. von Evelyn Zupke, der Bundesbeauftragten für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag schilderten Zeitzeuginnen und Zeitzeugen in einer Podiumsdiskussion ihr persönliches Vertreibungsschicksal. Aus den Schilderungen von Marie-Luise Busse, Anneliese Fleischer, Adolf Ebel und Gerd Schrimpf wurde für alle im Saal spürbar: "Vertreibung ist das Schlimmste, was einem Menschen passieren kann." Für Anneliese Fleischer kann sogar das Wort *Gerechtigkeit* „aus dem Duden“ gestrichen werden.

Fortsetzung auf Seite 2-3

© UOKG

Liebe Leserinnen und Leser,

nicht alle unsere Erwartungen an die neue Bundesregierung sind erfüllt, aber wir dürfen optimistisch sein. Unmittelbar nach der Konstituierung der Bundesregierung hatte ich die zukünftigen Partnerinnen und Partnern um Kennenlerngespräche gebeten. Sofort reagiert hat der Ostbeauftragte der Bundesregierung, Staatsminister Karsten Schneider mit dem wir uns zum Dialog getroffen haben. Ein Gespräch mit der Beauftragten für Kultur und Medien, Claudia Roth, steht aus. Dies ist umso bedauerlicher, da sie in einer Bundestagsdebatte auf das ausbleibende Telefonat mit der UOKG hingewiesen wurde und dies öffentlich zugesagt hat. Als einen großen Segen dürfen wir die Berufung und die Arbeit der Beauftragten für die Opfer der SED-Diktatur, Evelyn Zupke, betrachten. Im Moment erwarten wir die Einbringung einer Bundesratsinitiative der „neuen Länder“, um wichtige Nachbesserungen in der Rehabilitierung neu anzuschieben.

Ihr Dieter Dombrowski

© UOKG

Inge Bennewitz von der Aufarbeitungsinitiative Zwangsaussiedlung (AIZ) berichtete in ihrem Vortrag von dem schwierigen Weg der Wiedergutmachung. Vor fast genau vier Jahren hat die Aufarbeitungsinitiative in Zusammenarbeit mit der UOKG eine erneute Petition beim Deutschen Bundestag eingereicht. Sie forderten darin, eine einmalige finanzielle Zuwendung für den zu Unrecht erlittenen seelischen Schaden. Dem ging ein langer Kampf voraus, von den Versprechungen im Einigungsvertrag über das Vermögensgesetz und die sogenannten SED-Unrechtsbereinigungsgesetze. Auch die letzte Novellierung der Rehabilitationsgesetze Ende 2019 sah keine Wiedergutmachung für die Opfer von Zwangsaussiedlung vor. Im Juni 2021 überwies der Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages die Petition der AIZ als Material an das Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz, um das Anliegen noch einmal zu überprüfen und nach Möglichkeiten der Abhilfe zu suchen, zum Beispiel im Rahmen eines Härtefallfonds. Bis heute verweigert die Politik den Zwangsausgesiedelten die Wiederherstellung ihrer Würde. Frau Bennewitz appellierte in ihrem Vortrag nochmals ausdrücklich an die Bundesregierung, endlich das exzeptionelle Vertreibungsunrecht mit einer adäquaten Entschädigung zu würdigen. Der Härtefallfond ist im Einzelfall für bedürftige Opfer eine gute Lösung, kann aber nicht zur Wiedergutmachung einer ganzen Gruppe herangezogen werden. Gerade aufgrund des fortgeschrittenen Alters der Betroffenen, kann nur eine Einmalzahlung in angemessener Höhe zur Wiedergutmachung beitragen.

Evelyn Zupke (Bundesbeauftragte für die Opfer der SED-Diktatur beim Deutschen Bundestag) wies in ihrem Vortrag deutlich auf die dringenden Handlungsbedarfe für die Opfer der SED-Diktatur in Politik und Gesellschaft hin. Viele der in ihrem ersten Bericht (Drs. 20/10) aufgenommen Handlungsbedarfe haben ihren Eingang in den aktuellen Koalitionsvertrag der Bundesregierung gefunden. Die dort aufgezeigten Gerechtigkeitslücken in den Gesetzen müssen geschlossen werden. Insbesondere dem individuellen Verfolgungsschicksal der Zwangsausgesiedelten kann damit Rechnung getragen werden, indem auch sie einen einfachen unbürokratischen Zugang zu Leistungen erhalten, vergleichbar mit den Leistungen für Zersetzungsopfer.

Im Anschluss diskutierten Betroffenenvertreter unter anderem mit der Bundesopferbeauftragten Evelyn Zupke und der Bundestagsabgeordneten Katrin Budde Probleme und Perspektiven der Wiedergutmachung. Durch eine Bundesratsinitiative, angeführt von den ostdeutschen Bundesländern, könnte es so

noch in dieser Legislaturperiode, beginnend ab Herbst 2022, zu einer Überarbeitung der Gesetze kommen. Der aktuelle Koalitionsvertrag sieht eine Überarbeitung der Definition der Opfergruppen analog zu den Zersetzungsopfern vor. Ziel muss es sein, einen gesetzlich verankerten Anspruch auf Einmalzahlung über die Rehabilitierungsgesetze zu schaffen.
Der zweite Tag stand im Zeichen der Forschung aus historischer Sicht und der Traumabewältigung sowie der Gedenk- und Erinnerungskultur. Hier sollten anhand von Podiumsgesprächen und Referaten neben den Betroffenen und Interessierten, insbesondere Multiplikatoren als Zielgruppe erreicht werden, um die Weitergabe des Wissens über Zwangsaussiedlungen in der DDR heute und zukünftig zu sichern. Interessierte haben die Möglichkeit alle Beiträge der Tagung „Geraubte Heimat!“ auf dem YouTube-Kanal UOKGNews anzuschauen.

Antje Zumdick und Sandra Czech

© UOKG

Gespräch mit Staatsminister Carsten Schneider

In einem ersten Kennenlerngespräch am 10. Februar 2022 mit Carsten Schneider, Staatsminister und Beauftragter der Bundesregierung für Ostdeutschland, konnte Dieter Dombrowski, Bundesvorsitzender der UOKG, gemeinsam mit seiner Stellvertreterin Carla Ottmann wichtige Weichen für die zukünftige Zusammenarbeit im Dialogforum mit dem neuen Ostbeautragten der Bundesregierung stellen.

Gespräch mit Evelyn Zupke

Am 24. März 2022 traf sich der Vorstand der UOKG mit der SED-Opferbeauftragten Evelyn Zupke im Paul-Löbe-Haus des Deutschen Bundestages zu einem Arbeitsgespräch. In den vergangenen Jahren wurde für die Opfer der SED-Diktatur zwar viel erreicht, dennoch besteht weiterhin dringender Handlungsbedarf. Anhand des ersten Berichts der Opferbeauftragten (Drs. 20/10) wurden die nächsten Handlungsschritte beraten.

© Büro Zupke, von r. nach l.: Inge Bennewitz, Konstanze Helber, Evelyn Zupke, Carola Ottmann

© Landtag Rheinland-Pfalz

Eröffnung der Wanderausstellung der UOKG e.V. „Mauern, Gitter, Stacheldraht“

Im Landtag von Rheinland-Pfalz wurde am 2. Juni durch den Bundesvorsitzenden Dieter Dombrowski die Wanderausstellung der UOKG eröffnet. Sie gibt ehemals politisch Verfolgten in der SBZ/DDR ein Gesicht und kann als Banner- oder Plakat-Ausstellung ausgeliehen werden. Die 17 Tafeln enthalten mehr als 50 Fotografien und Exponate. Die Ausstellung richtet sich vor allem an Schulen sowie Bildungseinrichtungen, steht darüber hinaus aber auch Stiftungen, Parteien, Vereinen und anderen zur Verfügung.

Mahnmal für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft

© UOKG

Der Bundestag hat sich am 17. März 2022 ausdrücklich für die Errichtung eines Mahnmals für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft in Deutschland bekannt. Ein entsprechender Antrag der Regierungskoalition mit dem Titel „Die Opfer des Kommunismus würdigen, eine Brücke zu kommenden Generationen schlagen – Mahnmal für die Opfer der kommunistischen Gewaltherrschaft realisieren“ wurde im Anschluss der Debatte direkt abgestimmt und mit der Mehrheit von SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und FDP angenommen. Bereits 2019 hatte der Deutsche Bundestag mehrheitlich die Errichtung des Mahnmals für die Opfer des Kommunismus beschlossen. Der Stillstand in der Standortfrage muss vom Bezirk Berlin-Mitte nun zügig beendet werden. Die UOKG hat gemeinsam mit der Stiftung Aufarbeitung ein Konzept vorgelegt. In der Folge sprach sich der Kulturausschuss des Deutschen Bundestages in einer Protokollerklärung vom 9. Juni 2021 für den Standort in der Scheidemannstraße aus. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass es für diesen Standort konkurrierende Ideen gibt. Nur ist kein Vorschlag soweit gediegen, wie das Mahnmal für die Opfer kommunistischer Gewaltherrschaft. Dieser Standort nahe dem Kanzleramt und mit Blick auf den Bundestag zeigt, dass es sich nicht nur örtlich, sondern auch historisch und politisch um ein zentrales Thema handelt. Mit dem Mahnmal an dieser Stelle erhalten die Opfer die nötige Sichtbarkeit und Anerkennung. Die intensive Beschäftigung des Parlaments mit diesem dunklen Kapitel der deutschen Geschichte sendet auch ein wichtiges politisches Signal nach Russland aus, dass Zivilgesellschaften Bestandskraft gegen unmenschliche und totalitaristische Entwicklungen haben.

Antje Zumdick

Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der SED-Diktatur

Der Deutsche Bundestag hat am 17. März 2022 in einer Debatte an die Enquete-Kommission zur Aufarbeitung der SED-Diktatur erinnert. Anlass war der 30. Jahrestag der Einsetzung der ersten Enquete-Kommission „zur Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“. Ziel war es, das Unrecht in der DDR zu durchleuchten. Von 1995 bis 1998 folgte eine zweite Enquete mit dem Titel „Überwindung der Folgen der SED-Diktatur im Prozess der deutschen Einheit“. Beide Gremien setzten sich in den Jahren 1992 bis 1998 detailliert mit der DDR-Vergangenheit und der Wiedervereinigung auseinander und machten Vorschläge zur Entschädigung. Der Vorsitzende der UOKG, Dieter Dombrowski, war eingeladen, diese Debatte auf der Tribüne des Deutschen Bundestages als Ehrengast zu verfolgen.

Antje Zumdick

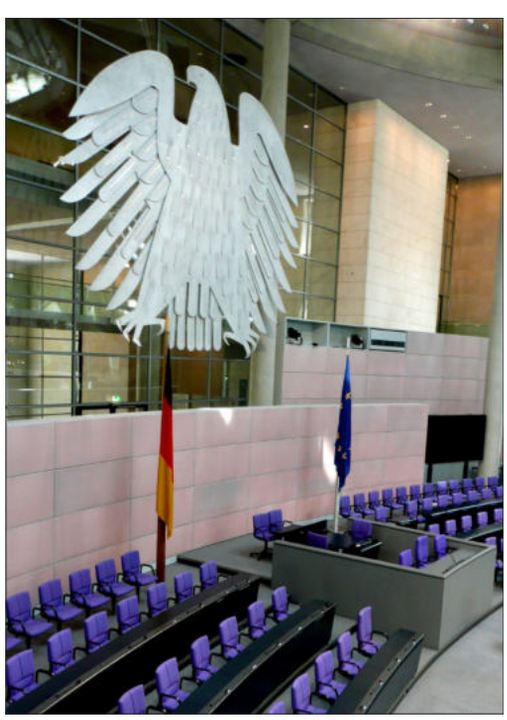
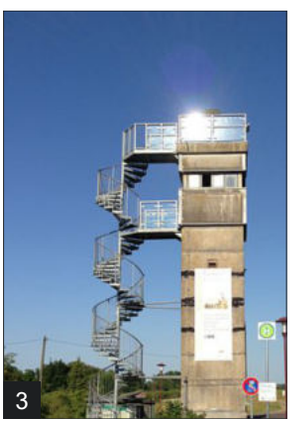


Foto von *estockiausdel* auf Pixabay

„Schließung der innerdeutschen Grenze vor 70 Jahren“
Gedenkveranstaltung in Lenzen



1. © Inge Bennewitz, **2.** Standansicht Lenzen, “Creative Commons” von *Clemensfranz*. Lizenz: CC BY-SA 3.0, **3.** Grenzturm in Lenzen, “Creative Commons” von *Niteshift*. Lizenz: CC BY-SA 3.0

Vom 27. bis 29. Mai 2022 fanden in Lenzen eine Veranstaltung der Beauftragten des Landes Brandenburg zur Aufarbeitung der Folgen der kommunistischen Diktatur in Verbindung mit dem Elbe Kirchentag und dem Biosphärenreservat Flusslandschaft Elbe-Brandenburg statt – am Freitag direkt an der Elbe eine sehr eindrucksvolle, zentrale Veranstaltung des Landes Brandenburg zur Erinnerung an die Schließung der innerdeutschen Grenze vor 70 Jahren und zum Gedenken an die Opfer. Eine musikalisch untermalte Lesung über Einzelschicksale hat alle Teilnehmer, darunter viel Politprominenz, sehr berührt. In Interviews schilderten Jürgen Ebel, 1952 aus Lütkenwisch vertrieben, und Ernst-Otto Schönemann, am 3. Oktober 1961 aus Lenzen ausgewiesen, an das Schicksal ihrer Familien. Inge Bennewitz wies auf die noch nicht abschließend beschiedene Petition der UOKG aus dem Jahr 2018 hin.

Inge Bennewitz

„Vergessene Kinder“

In der Denkschrift der Bundesregierung zum Einigungsvertrag heißt es, dass die Rehabilitierung aus rechtspolitischen, humanitären und sozialen Gründen geboten sei, um das Unrecht und seine Auswirkungen im Rahmen der gegebenen Möglichkeiten zu beseitigen. Es geht um die Kinder von politisch inhaftierten Eltern, die in privater Pflege bei ihren Verwandten und Freunden untergebracht waren. Auch diese Kinder sind politisch Verfolgte des DDR-Regimes. Es wird vergessen, dass die in privater Pflege untergebrachten Kinder genauso unter der Trennung, der Isolation sowie der Ungewissheit gelitten haben. In ihrem sozialen Umfeld haben diese Kinder, genauso wie die Heimkinder, unter Diskriminierung und Ausgrenzung zu leiden gehabt. Die Folgen reichen auch hier bis in die Gegenwart. Die bis heute völlig außer Acht gelassene Opfergruppe der „Vergessenen Kinder“ gilt es als Opfer der SED-Diktatur anzuerkennen.

Die UOKG hat zu dieser Thematik einen Fragebogen entwickelt. Wir bitten um Mithilfe bei der Suche nach Betroffenen und speziellen Einrichtungen, in denen der Fragebogen ausliegen kann. Bitte wenden Sie sich an die Autorinnen.

Sandra Czech und Elke Schlegel

Foto von *analogicus* auf Pixabay

© Frauenforum

Dauerausstellung im ehemaligen Frauengefängnis Hoheneck

Am 3. März 2022 wurde das Konzept für die Dauerausstellung in Stollberg vorgestellt. Wir forderten die Verantwortlichen auf, alle betroffenen Frauen ebenfalls zur Mitwirkung einzuladen. Dies fand am 5. April 2022 als Hybridveranstaltung in Hoheneck statt. Als Vertreterinnen unserer Verbände nahmen wir an beiden Treffen teil. Wir sorgten dafür, dass alle anderen mit der Thematik "Hoheneck" befassten Verbände ebenfalls eingeladen wurden.
Kurzpräsentation: wechselnde Projektionen von Porträts unschuldig in Hoheneck inhaftierter Frauen als Auftakt zur Dauerausstellung. In Einzelzellen Repräsentation ausgewählter Themen. Visuell steigende und sinkende Leuchtringe an der Wand bilden Lichtpunkte am Boden, um die Haftsituation in der jeweiligen Zelle darzustellen. Drehbuch zum Tagesablauf der Häftlingsfrauen. Gestaltung der "Akte Hoheneck-Zeitlauf Gefängnis", Haftgründe, Haftregime mit Exponaten, Schicksal der Kinder in Haft, Todesfälle, Zwangsarbeit, Rebellion, die SMT-Verurteilten und ihr späterer Frauenkreis. Die inhaltliche Gestaltung verantwortet Professor Appelius. Wir leiteten das Konzept an die Mitglieder und Unterstützerinnen zur Beteiligung weiter.
Mit der Veranstaltung wurden viele Teilnehmerinnen erreicht. Sie ist ein Auftakt, die zukünftige Gedenkstätte Hoheneck unter Mitwirkung der betroffenen Frauen und der Opferverbände zu gestalten. Das Konzept zur Dauerausstellung wird von vielen der ehemals inhaftierten Frauen in Hoheneck als positiv empfunden. Zum „Stand zukünftige Gedenkstätte Hoheneck“ will die Stadt in vier Monaten einladen.

Konstanze Helber und Carla Ottmann, Frauenforum

25. Bundeskongress – „Aufarbeitung – Ein bleibendes Thema für Betroffene, Gesellschaft und Politik“

Der Bundeskongress fand in diesem Jahr in Rostock statt und bot 200 Teilnehmern die Möglichkeit sich über den Stand der Aufarbeitung der SED-Diktatur auszutauschen. Dieses jährliche Ereignis wurde intensiv von den Vertretern der Initiativen, Vereine und Verbände genutzt, um ihre Vorhaben vorzustellen und Wünsche zu artikulieren.
Man freute sich über das Erreichte, aber natürlich gibt es immer noch Defizite. In kleineren Gesprächsrunden konnten Betroffene den Experten Fragen bzgl. des SED-Unrechtsbereinigungsgesetzes und der juristischen Aufarbeitung stellen. Insbesondere die juristische Aufarbeitung nach rechtsstaatlichen Prinzipien konnte aus moralischer Perspektive nicht als Erfolg gewertet werden. Solange Betroffene und deren Nachfahren unter den psychischen und physischen Folgen der SED-Diktatur leiden, wird es entsprechend dem Motto des Kongresses für die Gesellschaft und die Politik auch zukünftig ein relevantes Thema bleiben.

Sandra Czech

Abberufung der Regionalbeauftragten

Der Bundesvorstand hat am 24. März 2022 aus gesundheitlichen Gründen die Abberufung der Regionalbeauftragten Anita Goßler (Berlin), Dr. Richard Buchner (Brandenburg) und Chris Bürger (Sachsen) beschlossen. Der Vorstand dankt herzlich für die Zusammenarbeit.

© UOKG

Gedenkfahrt nach Tost vom 10.-12. Juni 2022

Am 11. Juni 2022 fand die Gedenkstunde für die ca. 3.000 verstorbenen Insassen des NKWD-Lagers Tost am Gedenkstein in der Nähe des Massengrabes statt. Das NKWD-Lager hatte von Mai bis Mitte Dezember 1945 existiert und die Zahl der Insassen betrug ursprünglich 4.500 Menschen.

Die Gedenkfahrt wurde auf deutscher Seite von der Initiativgruppe NKWD-Lager Tost/Oberschlesien, Sybille Krägel und vor Ort durch den Deutschen Freundschaftskreis, Dorothea und Michael Matheja sowie dem Bürgermeister von Tost Grzegorz Kupczyk sehr gut organisiert. Weiterhin nahmen an der würdevollen Gedenkstunde u.a. die Konsulin Birgit Fisel-Rösle, der Vorsitzende der Woiwodschaft Opole Rafał Bartek und der frühere Bürgermeister der Partnerstadt Hohenau Eduard Schmid teil.

Für alle war es ein besonderes Erlebnis den Berichten des Zeitzeugen Horst Köhler zu lauschen. Nun zum ersten Mal wieder an diesem Ort der traurigen Erinnerungen erzählte er, dass er als 15-Jähriger wegen Werwolfverdachts verhaftet und mit einem der drei Transporte von Bautzen nach Tost kam. Wir hoffen, dass durch ein länderübergreifendes Gedenken eine Wiederholung derartiger unmenschlicher Ereignisse unmöglich wird.

Sandra Czech

© UOKG, **1.** Horst Köhler, **2.** Birgit Fisel-Rösle

© BPA

Konstanze Helber erhielt das Bundesverdienstkreuz

Damit würdigte Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier das Engagement Konstanze Helbers, die sich gegen das Vergessen von DDR-Unrecht einsetzt, nachdem sie selbst 1977 wegen Republikflucht zu einer mehrjährigen Haftstrafe verurteilt worden war. Mit ihrem „Süddeutschen Freundeskreis Hoheneckerinnen" bietet sie ehemals Inhaftierten die Möglichkeit, sich über ihre traumatischen Erfahrungen auszutauschen. Darüber hinaus berichtet sie als Zeitzeugin an Schulen von ihren Erfahrungen.

Verbändetreffen mit Ministerpräsident Woidke

Nach zweijähriger pandemiebedingter Unterbrechung hatte sich Ministerpräsident Dietmar Woidke am 30. Mai 2022 wieder mit Vertreterinnen und Vertretern von SED-Opferverbänden und Aufarbeitungsinitiativen in der Staatskanzlei getroffen. Der Ministerpräsident nahm sich über zwei Stunden Zeit, um sich im Gespräch ihre Vorschläge anzuhören. In diesem Zusammenhang sicherte er zu, den Weg der Aufarbeitung konsequent weiterzugehen. Dazu gehört seines Erachtens auch, immer wieder an Unrecht und erlittenes Leid zu erinnern – so wie in Lenzen, als gemeinsam der Schließung der innerdeutschen Grenze vor 70 Jahren durch das DDR-Regime erinnert wurde und den damit verbundenen Zwangsumsiedlungen im Rahmen der Aktion „Ungeziefer“.

Sichtbarkeit der SED-Opfer im Koalitionsvertrag

Unter der Rubrik „SED-Opfer“ wird im Koalitionsvertrag versichert, dass die Beantragung und Bewilligung von Hilfen und Leistungen für Opfer der SED-Diktatur, insbesondere für gesundheitliche Folgeschäden, erleichtert werden soll. Die Definition der Opfergruppen soll an die Forschung angepasst und die SED-Opferrenten dynamisiert werden. „Wir richten ergänzend einen bundesweiten Härtefallfonds für die Opfer ein und entwickeln hierfür die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge weiter“, heißt es dazu. Zudem sollen die Bundesstiftung Aufarbeitung gestärkt und die festgeschriebenen Standorte der Außenstellen des Stasi-Unterlagen-Archivs qualitativ ausgebaut werden. So heißt es in dem Papier: „Wir unterstützen die Einrichtung des Archivzentrums SED-Diktatur und die Weiterentwicklung der ehemaligen Stasi-Zentrale in Berlin zum Campus für Demokratie“. Unter der Rubrik „Erinnern“ ist festgehalten, der Geschichte der Demokratie in Deutschland und ihren Orten mehr Sichtbarkeit zu verleihen.

© UOKG

© UOKG

Neue Info-Tafeln am Campus für Demokratie

Am 11. Mai 2022 wurden die Info-Tafeln am Campus für Demokratie feierlich eröffnet. Zum Informations- und Leitsystem gehören 21 digitale und analoge Tafeln im Innenhof der ehemaligen Stasi-Zentrale, im umliegenden Straßenraum sowie am benachbarten Roedeliusplatz. Die Tafeln bieten Informationen zur Geschichte, zur heutigen Nutzung der Gebäude und geben Orientierung auf dem großen Gelände. Das System wird ergänzt durch einen Online-Rundgang, der über QR-Codes vor Ort abrufbar ist.

Gedenkveranstaltung am 7. Mai 2022 in Ketschendorf bei Fürstenwalde/Spree

In der Arbeitersiedlung der Deutschen Kabelwerke, der späteren Reifenwerksiedlung wurde Ende April 1945 das Internierungslager Ketschendorf, als sowjetisches Speziallager Nr. 5 des NKWD eingerichtet. Mehr als 10.000 Menschen im Alter von 12-72 Jahren wurden hier interniert, von denen bis zur Auflösung des Lagers im Februar/März 1947 insgesamt 4.621 ums Leben kamen. Der Verein Initiativgruppe Internierungslager Ketschendorf/ Speziallager Nr. 5 e.V. dessen Vorstand und Mitglieder des Vereins ehemalige Lagerinsassen, Angehörige von Lagerinsassen und Freunde der Initiativgruppe sind. Ihr Anliegen ist die Solidarität und der Kampf gegen das Vergessen gegenüber allen Inhaftierten, den Überlebenden und den im Lager Verstorbenen. Seit dem 8. Mai 1990 gedenkt die Initiativgruppe auf dem Waldfriedhof Halbe der Toten des Internierungslagers.

© Initiativgruppe Internierungslager Ketschendorf - sln5.de

© UOKG

Nachruf auf Rainer Buchwald

Mit Rainer Buchwald ist am 15. Dezember 2021 ein starker und aufrichtiger Charakter von uns gegangen. Allein durch seine Körpergröße füllte der gelernte Schmied den Raum. In seiner Präsenz war er unübersehbar und unüberhörbar. Und er wusste dies auch zu nutzen. Unvergessen ist das Bild von Rainer vor dem Marx-Engels-Denkmal in Berlin. Er hält ein Marx-Zitat in die Kamera, mit dem der „Klassiker“ zum „gewaltsamen Umsturz“ aufruft.

Gewalt war Rainer Buchwalds Sache nicht. Zu oft war er selbst Opfer politisch motivierter Gewalt. Bereits als 12-Jähriger wurde der Berliner Junge als „Mitwisser einer Flucht“ in ein Spezialheim eingewiesen. 1967 wurde der Anhänger der westlichen Jugendmusikkultur in das selbst nach DDR-Recht illegale Arbeitslager Rüdersdorf eingesperrt. Weil er sich nicht brechen ließ, folgte der Jugendwerkhof Kloster Lehnin. Für eine kleine Zeichnung, die nichts weiter wiedergab, als das Gefühl des Eingesperrtseins, erhielt er „Nachschlag“ im Strafvollzugs-kommando Berndshof bei Ueckermünde. Diese Repressionen haben Rainer die komplette Kindheit und Jugend gekostet. Trotzdem hat er die Jahrzehnte nach der Wiedervereinigung genutzt, um für die Anerkennung der Spezialheim-Insassen als Zeitzeuge und auch vor Gericht zu streiten. Nur wer ihn sehr genau kannte, konnte sich ein Bild davon machen, wie schwer es ihm fiel, sich Tag für Tag den quälenden Erinnerungen zu stellen. Wir verdanken ihm neben kleineren Aufsätzen und vielen recherchierten Dokumenten die ausführliche Untersuchung des illegalen Arbeitslagers Rüdersdorf (Thälmannstraße). Seinem langen Atem ist es mit zu verdanken, dass das Durchgangsheim Alt Stralau heute mit einer Stele markiert ist. Menschen, die ihn kannten, werden nun solche Gedenkzeichen, an denen er beteiligt war, auch mit seinem Namen verbinden. Seine Spuren verlieren sich nicht. Wir finden Sie an vielen Orten wieder.

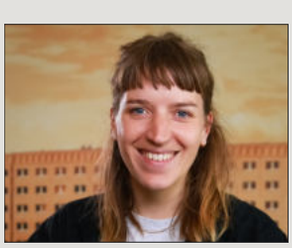
Christian Sachse

Giesela-Gneist-Straße bleibt bestehen

Der jahrelange Streit um die Benennung einer Straße in einem Neubaugebiet in Oranienburg nach Gisela Gneist scheint vorerst beendet. Die im Jahr 2020 erfolgte Benennung der Straße nach Gneist, die von 1946 bis 1959 im sowjetischen Speziallager Nr. 7 Sachsenhausen inhaftiert war, hat nun weiterhin Bestand. In der Stadtverordnetenversammlung war ein neuer Beschlussvorschlag gescheitert. Zu Beginn der Sitzung hatte der Bundesvorsitzende an die Stadtverordneten appelliert, bei Beurteilungen von Personen im Nachhinein stets das gesamte Leben zu betrachten. Dombrowski verwies darauf, dass Gneist in den 1990er Jahren von der russischen Militärstaatsanwaltschaft rehabilitiert worden ist.

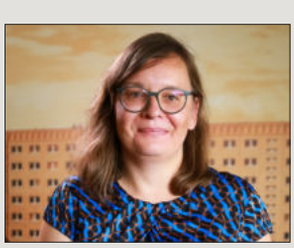
© google maps

Neue Mitarbeiterinnen



© UOKG

Magdalena Kuhn (Diplom-Psychologin) ist die Nachfolgerin von Carola Schulze in der Beratungsstelle der UOKG.



© UOKG

Antje Zumdick (Volljuristin) folgt auf Benjamin Baumgart, der zur Opferbeauftragten Evelyn Zupke gewechselt ist.

Mitgliedsverbände der UOKG

- Arbeitsgemeinschaft Fünfeich
- Arbeitsgemeinschaft Lager Sachsenhausen 1945-1950 e.V.
- Aufarbeitungsinitiative Zwangsaussiedlungen (AIZ)
- Bund der Vertriebenen e.V.
- Cottbuser Häftlingsgemeinschaft
- DDR-Museum in Pforzheim
- Doping-Opfer-Hilfe e.V.
- Durchgangsheim Kindergefängnis Bad Freienwalde n.e.V.
- Fördergemeinschaft Recht & Eigentum e.V.
- Förderverein Gedenkstätte Bautzen e.V.
- Forum für politisch verfolgte und inhaftierte Frauen der SBZ/DDR Diktatur e.V.
- Forum für Aufklärung und Erneuerung e.V.
- Freiheit e.V. Erfurt
- Gedenk- und Begegnungsstätte ehem. KGB-Gefängnis Potsdam e.V.
- Initiative verfolgter Schüler und Studenten (Berlin)
- Initiativgruppe Internierungslager Jamlitz e.V.
- Initiativgruppe Internierungslager Ketschendorf e.V.
- Initiativgruppe Lager Mühlberg e.V.
- Initiativgruppe NKWD-Lager TOST/Oberschlesien 1945
- Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V. (IEDF)
- Interessengemeinschaft ehemaliger politischer Brandenburger Häftlinge 1945-1989
- Interessengemeinschaft zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und ihrer Folgen
- Interessengemeinschaft Zwangsausgesiedelter Sachsen-Anhalt e.V.
- Internationale Gemeinschaft für Menschenrechte e.V. (IGFM)
- Lagergemeinschaft Workuta /GULag Sowjetunion
- Menschenrechtszentrum Cottbus
- OvZ-DDR e.V. Hilfe für Opfer von DDR-Zwangsadoptionen
- Pro Universitätskirche e.V., Leipzig
- Süddeutscher Freundeskreis Hoheneckerinnen
- Verband ehemaliger Rostocker Studenten (VERS)
- Verband politisch Verfolgter des Kommunismus e.V. (VPVDK) Salzgitter
- Verein zur Förderung der Projektwerkstatt „Lindenstraße 54“ e.V., Potsdam
- VOK Deutschland e.V. - Vereinigung der Opfer des Kommunismus
- VOS Vereinigung der Opfer des Stalinismus e.V.

Assoziierte:

- Ehemalige Politische Häftlinge in der CDU
- Ehemalige Politische Häftlinge in der SPD

Impressum

Newsletter herausgegeben von der Geschäftsstelle der UOKG. Die UOKG informiert damit ihre Mitgliedsverbände und alle interessierten Leser.

Redaktion dieser Ausgabe: Antje Zumdick, Erika Nagler
Redaktionsschluss: 13. Juni 2022.

Copyright 2022: Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V. (UOKG)

Kontaktdaten

Union der Opferverbände Kommunistischer Gewaltherrschaft e.V.
Bundesgeschäftsstelle
Ruschestraße 103, Haus 1, 6. Etage
10365 Berlin Lichtenberg
Tel.: 030 55 77 93 51
Fax: 030 55 77 93 40
E-Mail: info@upkg.de

uokg.de

Facebook

Youtube

Spendenkonto

Deutsche Bank Berlin
IBAN: DE79 1001 0024 0734 27 28 00
BIC: DEUTDEDBBER
Für: UOKG e.V.

Unsere Regionalbeauftragten

Baden-Württemberg: Konstanze Helber
helber@uokg.de
Bayern: Dr. Michael Gleau
gleau@uokg.de
Niedersachsen: info@uokg.de
Norddeutschland: Michael M. Schulz
schulz@uokg.de
Nordrhein-Westfalen: Dr. Christian Fuchs
fuchs@uokg.de
Rheinland-Pfalz: Elke Schlegel
schlegel@uokg.de
Südwestdeutschland: info@uokg.de
Thüringen und Sachsen-Anhalt: Klaus Wolf
wolf@uokg.de

Vorstand

Bundesvorsitzender: Dieter Dombrowski
(dombrowski@uokg.de)
Stellvertreter: Roland J. Lange (andreas37@uokg.de)
Stellvertreterin: Carla Ottmann (ottmann@uokg.de)
Ehrenvorsitzende: Horst Schüler (†) , Gerhard Finn (†)
Beisitzer:
Inge Bennewitz (bennewitz@uokg.de)
Konstanze Helber (helber@uokg.de)
Sybille Krägel (kraegel@uokg.de)
Ernst-Otto Schönemann (schoenemann@uokg.de)

Dieser Newsletter wurde gefördert von der Staatsministerin für Kultur und Medien, Claudia Roth.

Die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien

NEU START KULTUR